

Außenminister Miyazawa deutete an, daß eine kommunistische Koalitionsregierung in Italien sicherlich schwierige Probleme für die NATO mit sich bringen würde.

Bundesminister Genscher bezeichnete als Hauptgefahr einer solchen Entwicklung das „Hoffähig-werden“ der Kommunisten in ganz Europa.

VS-Bd. 10040 (303)

395

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Karamanlis in Athen

014-4/76 VS-vertraulich

29. Dezember 1975¹

Bundeskanzler Helmut Schmidt und Ministerpräsident Karamanlis führten am 29. Dezember 1975 in Athen in Anwesenheit von Außenminister Bitsios und Staatssekretär Gehlhoff ein Gespräch von rund zwei Stunden 15 Minuten Dauer.² Das Gespräch nahm folgenden Verlauf:

1) MP *Karamanlis* äußerte, er wolle sich zunächst den bilateralen Beziehungen zuwenden. Hierbei handele es sich vor allem um die Mitgliedschaft Griechenlands in der Europäischen Gemeinschaft; sie sei aus politischen Gründen noch wichtiger als aus wirtschaftlichen. Er bitte darum, daß die Bundesregierung den griechischen Antrag³, so wie sie es bisher schon getan habe, auch künftig unterstütze. Sodann bitte er um unsere Unterstützung für das beantragte Zweite Finanzprotokoll.⁴ Griechenland sei bereits seit 13 Jahren mit der EG assozi-

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Gehlhoff gefertigt und am 2. Januar 1976 an Ministerialdirektor van Well geleitet. Dazu vermerkte er: „Als Anlage übersende ich einen vollständigen Protokollvermerk über das oben bezeichnete Gespräch. Ich bitte, die in Frage kommenden Stellen des Hauses und die Auslandsvertretungen von dort aus zu unterrichten, ggf. auszugsweise.“ Hat Botschafter Roth am 6. Januar 1976 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 203 und van Well „nach R[ückkehr]“ verfügte.

Hat Vortragendem Legationsrat Bensch vorgelegen.

Hat Legationsrat I. Klasse Blankenstein am 8. Januar 1976 vorgelegen.

Hat van Well vorgelegen.

Hat Ministerialdirigent Ruhfus vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 203: Ist das geschehen?“

Hat Blankenstein erneut am 14. Januar 1976 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 9948 (203); B 150, Aktenkopien 1975.

² Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 28./29. Dezember 1975 in Griechenland auf.

³ Griechenland stellte am 12. Juni 1975 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1975, S. 11–14.

⁴ Auf der Tagung des Assoziationsrats EWG–Griechenland am 28. April 1975 in Brüssel unterbreitete die griechische Regierung ihren Wunsch nach Abschluß eines Zweiten Finanzprotokolls. Dabei bezifferte sie das Kreditvolumen auf 400 Mio. RE. Ferner beantragte sie freien Zugang für die griechische Wirtschaft zur Europäischen Investitionsbank bereits vor dem Beitritt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 410 vom 24. Juli 1975; Referat 410, Bd. 105624.

Am 11. September 1975 legte die EG-Kommission dem EG-Ministerrat ihren Vorschlag für Ver-

iert.⁵ Inzwischen habe es acht Jahre der Diktatur in Griechenland gegeben. Diese Jahre seien für Fortschritte bei der EG-Assoziierung verloren gewesen. Die Hilfe im Rahmen des Zweiten Finanzprotokolls werde vor allem zur Modernisierung der griechischen Agrarwirtschaft benötigt. Er bitte deshalb, daß die Bundesregierung diesem Antrag wohlwollend gegenüberstehe und daß sie ihre Unterstützung sofort zur Geltung bringe, auch wenn das Zweite Finanzprotokoll erst nach Billigung durch den Ministerrat der EG in Kraft gesetzt werden könne.

Im Rahmen der bilateralen Beziehungen sei ferner die deutsche Wirtschaftshilfe an Griechenland von großer Bedeutung.⁶ Sie werde aus wirtschaftlichen wie aus psychologischen Gründen benötigt. Die griechische Wirtschaft sei durch Rüstungsaufträge erheblich belastet, die griechische Zahlungsbilanz vor große Schwierigkeiten gestellt. Psychologisch sei wichtig, daß das griechische Volk dank der bilateralen Hilfe wisse, es werde von der Bundesrepublik Deutschland voll unterstützt. Die bilaterale Hilfe solle auch für die Finanzierung der bei uns in Auftrag gegebenen U-Boote benutzt werden.⁷ Er wolle für die bisher von der Bundesregierung gewährte Wirtschafts- und Verteidigungshilfe⁸ aufrichtig danken. Er hoffe im übrigen, daß die Bundesregierung bald militärisches Überschußmaterial an Griechenland liefern könne.

Zusammenfassend wolle er feststellen, daß unsere Unterstützung auf drei Gebieten erbeten werde, nämlich bei der vollen Integrierung Griechenlands in die EG, beim Zweiten Finanzprotokoll und bei der bilateralen Hilfe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1851

handlungen über ein Zweites Finanzprotokoll vor. Dazu vermerkte Ministerialdirektor Lautenschlager am 23. September 1975: „Gesamtvolumen 320 bis 370 Mio. RE. Aufteilung in 120 Mio. RE Zuschüsse und 200 bis 250 Mio. RE EIB-Darlehen (davon 1/4 oder 1/3 zinsbonifiziert mit 3%; hier legt sich die Kommission jedoch nicht fest).“ Zur Haltung der Bundesregierung stellte Lautenschlager fest, daß das Kabinett am 14. Mai 1975 darin übereingestimmt habe, „den griechischen Wunsch nach Abschluß eines Zweiten Finanzprotokolls zu unterstützen. Dabei sollten jedoch keine Zahlen genannt, sondern lediglich zum Ausdruck gebracht werden, daß die Finanzhilfe über dem Betrag des Ersten Finanzprotokolls (125 Mio. US-Dollar) liegen sollte.“ Vgl. Referat 410, Bd. 105624.

⁵ Zum Assoziierungsabkommen vom 9. Juli 1961 zwischen der EWG und Griechenland, das von 1967 bis 1974 ausgesetzt wurde, vgl. Dok. 128, Anm. 11.

⁶ Zum Stand der Wirtschaftshilfe für Griechenland stellte Referat 420 am 15. Dezember 1975 fest: „Um die zu erwartende Zahlungsbilanzlücke abzudecken, wandte sich bereits 1974 die griechische Regierung an die Bundesregierung mit der Bitte um Beteiligung an einem internationalen Stützungskredit. Die griechische Regierung mußte jedoch auf den privaten Kapitalmarkt verwiesen werden. Nachdem die Übernahme einer Bundesgarantie auf bilateraler Basis nicht möglich war, gewährte auch ohne Garantie Ende August ein Konsortium deutscher Banken unter der Leitung der Deutschen Bank AG der Bank von Griechenland einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 200 Mio. DM. Gleichzeitig gewährte die Kreditanstalt für Wiederaufbau ebenfalls der Bank von Griechenland einen weiteren Kredit über 50 Mio. DM. Beide Kredite haben folgende Konditionen: Zins 9,25% p.a., Laufzeit vier Jahre, Bearbeitungsgebühr 0,375% p.a.“ Vgl. Referat 420, Bd. 106443.

⁷ Zum Kauf von in der Bundesrepublik produzierten U-Booten durch Griechenland vgl. Dok. 120, Anm. 11.

Ministerialdirektor Lautenschlager informierte am 26. September 1975: „Die Firma Ferrostaal hat einen Bürgschaftsantrag für die Lieferung von drei U-Booten des Typs 209 an die griechische Marine mit der Option auf ein weiteres Boot desselben Typs gestellt. Die Boote sollen von der Howaldtwerke-Deutsche Werft AG, Kiel (HDW) gebaut werden. Der Auftragswert (ohne Zinsen) beträgt für drei Boote rd. 316 Mio. DM, bei Ausnutzung der Option für das vierte Boot rd. 422 Mio. DM. Die Verhandlungen der HDW mit der griechischen Seite sind mit der Erteilung des letter of intent am 17.9.1975 abgeschlossen worden.“ Vgl. Referat 420, Bd. 106450.

⁸ Zur Verteidigungshilfe für Griechenland vgl. Dok. 57.

2) Der *Bundeskanzler* antwortete, daß die Bundesregierung sich schon in der Vergangenheit mit dem griechischen Antrag auf volle Mitgliedschaft in der EG befaßt und diesen Antrag vorbehaltlos unterstützt habe. Diese Tatsache sollte auch der griechischen Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Der Ministerrat der EG wolle sich in den ersten Wochen des Jahres 1976 mit dem griechischen Antrag beschäftigen.⁹ Auf dem Gebiet der Agrarprodukte werde der griechische Antrag auf eine gewisse Rivalität mit Italien und mit Frankreich stoßen. Griechenland sollte deshalb bei den Verhandlungen über den Agrarsektor eine zurückhaltende Position einnehmen; dies würde die Gesamtverhandlungen erleichtern.

MP *Karamanlis* warf ein, daß die griechische Position hier flexibel sein werde. Der *Bundeskanzler* fuhr fort, daß der Zeitverlust, den Griechenland infolge der Diktatur erlitten habe, in den Verhandlungen nicht zu sehr betont werden sollte, denn er sei nicht von den Neun zu verantworten.

Die EG befinde sich nicht in einem guten Zustand. Sie habe den Beitritt Großbritanniens noch nicht wirklich verdaut, weil die Engländer sich noch nicht voll auf die Mitgliedschaft eingestellt hätten. England müsse begreifen, daß eine volle Souveränität im Rahmen der EG nicht mehr möglich sei. Die letzten 12 bis 18 Monate hätten erhebliche Spannungen zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich zutage gebracht. Der Kompromiß, den man zur Überbrückung dieser Spannungen getroffen habe, sei vorwiegend zu deutschen Lasten gegangen.¹⁰ Nur auf diesem Wege sei es Wilson allerdings möglich gewesen, eine positive Haltung zur EG-Mitgliedschaft Englands einzunehmen. Inzwischen machten die Engländer neue Schwierigkeiten: In Energiefragen wollten sie sich wie ein OPEC-Land verstanden wissen.¹¹ Präsident Giscard habe hierzu zunächst eine abwartende Haltung eingenommen, und ein „Knall“ in dieser Frage sei sehr leicht möglich gewesen. Die Probleme der britischen EG-Mitgliedschaft müßten aber befriedigend gelöst werden. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung für die Mitgliedschaft Griechenlands in der EG. Andernfalls würde die EG eine einseitig mediterrane Ausrichtung erhalten. Die Bundesrepublik Deutschland habe zwar mediterrane Interessen, sei aber kein Mittelmeerland. Für uns seien auch die skandinavischen Länder sehr wichtig. Die Schwäche der EG werde so lange andauern, wie die innere politische und wirtschaftliche Schwäche Großbritanniens nicht überwunden sei. Wirtschaftlich stehe Großbritannien sogar schlechter als Italien und Griechenland da. Seine Handelsbilanz sei stark defizitär, seine Zahlungsbilanz werde nur durch große Finanzanlagen seitens Saudi-Arabiens und der Golfstaaten einigermaßen im Gleichgewicht gehalten. Die Gewerkschaften in England verhielten sich rücksichtslos, die Inflationsrate betrage immer noch 25%. Wenn die Inflationsrate

⁹ Die EG-Kommission legte ihre Stellungnahme zum griechischen Antrag auf EG-Mitgliedschaft am 29. Januar 1976 vor. Am 9. Februar 1976 befaßte sich der EG-Ministerrat mit dem Antrag. Vgl. dazu den Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Trumpf vom 3. Februar 1976 und den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Engels vom 11. Februar 1976; AAPD 1976.

¹⁰ Zu den Beschlüssen des Europäischen Rats am 10./11. März 1975 in Dublin zum Korrekturmechanismus im Bereich der Eigeneinnahmen der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 49, Anm. 2.

¹¹ Zur britischen Haltung hinsichtlich der Vertretung auf der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit vgl. Dok. 314.

Zur Einigung auf der Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1975 in Rom vgl. Dok. 367.

nicht auf 15 oder 10 % hinuntergehe, würde es einen neuen Zusammenstoß der Gewerkschaften mit der Regierung geben. Frankreich dagegen befinde sich in einer guten wirtschaftlichen und finanziellen Lage, ähnlich der Lage in Deutschland. Auch der Zustand in den Beneluxländern sei zufriedenstellend, in Italien aber sei er schlecht.

Was die bilaterale Hilfe der Bundesrepublik Deutschland für Griechenland betreffe, so habe die Bundesregierung eine Kapitalhilfe in Höhe von 120 Mio. DM zu einem Zinssatz von 2 % gewährt; ein Bankenconsortium habe einen kommerziellen Kredit in Höhe von 250 Mio. DM eingeräumt, zum Teil mit staatlicher Bürgschaft; die Bundesregierung habe schließlich militärische Hilfe gegeben. Im Januar werde eine deutsche Delegation nach Athen zur Erörterung von Fragen der Militärhilfe kommen. Bei dieser Gelegenheit könne auch geprüft werden, ob ein Teil unserer Hilfe für die Finanzierung von U-Booten herangezogen werden könne.

Zum Thema des Zweiten Finanzprotokolls wolle er darauf hinweisen, daß die Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit unter Umständen wichtiger als das Zweite Finanzprotokoll sei, denn erhöhte deutsche Leistungen an Griechenland im Rahmen des Zweiten Finanzprotokolls würden für uns sofort Rückwirkungen im Verhältnis zu anderen EG-Partnern haben können.

MP *Karamanlis* warf ein, beim Zweiten Finanzprotokoll handele es sich um eine Verpflichtung der Gemeinschaft.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß kein anderes EG-Land bilateral Kapital- und militärische Hilfe an Griechenland gegeben habe. Auch diese Tatsache müßte der griechischen Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.

MP *Karamanlis* erklärte, unsere bilaterale Hilfe werde nicht nur von der griechischen Regierung, sondern auch von der Öffentlichkeit in seinem Land voll gewürdigt.

StS *Gehlhoff* erläuterte den vorgesehenen Fahrplan für die Beratungen und die Verhandlungen zum Zweiten Finanzprotokoll.

Der *Bundeskanzler* bestätigte, daß sich die Bundesregierung am Zweiten Finanzprotokoll beteiligen werde. Er kehrte sodann zum Thema der bilateralen Hilfe zurück. Welche Hilfe erhalte Griechenland von Frankreich?

MP *Karamanlis* erläuterte, daß Griechenland bei den Lieferungen von Rüstungsgütern aus Frankreich gewisse Zahlungserleichterungen und einen Bankkredit in Höhe von 225 Mio. \$ erhalte.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der griechischen Zahlungsbilanz im Jahre 1976 erläuterte MP *Karamanlis*, daß auch 1976 mit einem Defizit gerechnet werden müsse; dies könne aber voraussichtlich einigermaßen abgedeckt werden. Die Überweisung griechischer Arbeitnehmer schлüge nach wie vor beträchtlich zu Buche. Das griechische Handelsbilanzdefizit werde 1976 voraussichtlich 440 Mio. \$ betragen.

Der *Bundeskanzler* äußerte, er rechne im Monat Januar 1976 mit 1,2 Mio. Arbeitslosen in der Bundesrepublik, im Jahre 1975 habe es durchschnittlich 1 Mio. Arbeitslose gegeben. Im Jahre 1976 sei zwar mit einem gewissen wirtschaftlichen Anstieg zu rechnen, doch werde es voraussichtlich mehr als 3/4 Mio. Ar-

beitslose im Schnitt geben. Die Staatsfinanzen seien nach wie vor sehr angespannt. Bei alledem müsse man berücksichtigen, daß am 3. Oktober 1976 in der Bundesrepublik gewählt werde.¹²

3) Der Bundeskanzler schnitt sodann die Lage im östlichen Mittelmeer (Zypern, Nahost) an und fragte, wie MP Karamanlis die Rolle der USA in diesem Raum einschätze.

MP *Karamanlis* äußerte, daß die USA gewichtige Interessen im östlichen Mittelmeer zu verfolgen hätten, leider aber nicht immer die richtige Politik einschlugen. Die amerikanische Politik in diesem Raum weise viele Widersprüche auf. Im ganzen sei er der Überzeugung, daß ein vereintes Europa ein atlantisches Europa sein werde. Ohne die USA sei Europa nicht in der Lage, seine Integration fortzusetzen und seine Unabhängigkeit zu erhalten. Es zeige wenig Würde, wenn man von den USA zwar abhängig sei, diese aber beschimpfe. Die Zusammenarbeit Europas mit den USA sei eine Notwendigkeit. Hierfür müsse Europa auch die erforderlichen Opfer bringen. Die Europäer brächten für ihre Verteidigung nur halb soviel auf, wie der Anteil am Bruttosozialprodukt für die Verteidigung in den USA oder in der Sowjetunion darstelle. Andererseits sei auch eine vernünftige amerikanische Politik gegenüber Europa erforderlich.

Der Nahost-Konflikt könne gelöst werden, wenn Israel eine vernünftig Politik verfolge und wenn die USA, von denen Israel zu 100% abhängig sei, den notwendigen Einfluß auf Israel ausübten. Wenn eine Lösung gefunden sei, werde man sehen, daß es alsbald zwischen den Arabern, die untereinander uneins seien, zu inneren Auseinandersetzungen kommen werde. Die falsche amerikanische Politik im Nahen Osten habe zu dem Eindringen der Sowjetunion in diesen Raum und auch zur Energiekrise geführt.

Die USA hätten die Möglichkeit gehabt, den Putsch der Obristen in Griechenland¹³ ebenso wie die türkische Invasion auf Zypern¹⁴ zu verhindern; im letzteren Falle hätten sie sich vielleicht der Einflußnahme durch Großbritannien als einer der Garantiemächte¹⁵ versichern müssen. Auch gegenüber der Türkei sei keine gerade Linie in der amerikanischen Politik vorhanden. Erst hätten die USA ihre militärische Hilfe an die Türkei eingestellt und dann, als dies zu Spannungen mit der Türkei führte, ihre Entscheidung teilweise revidiert.¹⁶ Die USA hätten auch nicht den notwendigen Druck auf die Türkei wegen einer friedlichen Lösung des Zypern-Konflikts ausgeübt.

4) Zu Zypern übergehend führte MP Karamanlis aus:

Gegenwärtig habe die Türkei 40% des Territoriums der Insel, und zumal noch ihren wirtschaftlichen reichen Teil, besetzt, während nur 18% der Bevölkerung

¹² Am 3. Oktober 1976 fanden Wahlen zum Bundestag statt.

¹³ In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee. Teile der Verfassung wurden außer Kraft gesetzt.

¹⁴ Zur Landung türkischer Truppen auf Zypern am 20. April 1974 vgl. Dok. 27, Anm. 20.

¹⁵ Für den Wortlaut des Garantievertrags vom 16. August 1960 über die Unabhängigkeit Zyperns und des Bündnisvertrags zwischen Großbritannien, Zypern, Griechenland und der Türkei vgl. UNTS, Bd. 382, S. 3–7, bzw. UNTS, Bd. 397, S. 287–295.

¹⁶ Zum Beschluß des amerikanischen Kongresses vom 17. Oktober bzw. 17./18. Dezember 1974 über die Einstellung der Verteidigungshilfe für die Türkei zum 5. Februar 1975 vgl. Dok. 28, Anm. 21. Zur teilweisen Aufhebung vgl. Dok. 294, Anm. 12.

Zypern-Türken seien. Außerdem gebe es 200 000 griechische Flüchtlinge auf der Insel. Dies sei eine absolut ungerechte und unhaltbare Situation. Er (Karamanlis) halte das griechische Volk und die griechische Armee am Zügel, um einen Krieg zu verhindern. Er wolle den Dialog mit der Türkei und eine vernünftige Regelung des Zypern-Problems. Leider finde er in der Türkei kein Verständnis für seine Bemühungen und keinen Mut für eine vorwärtsschauende Lösung. Er müsse auch zweifeln, ob auf der türkischen Seite der aufrichtige Wunsch bestehe, nach einer Lösung zu suchen. Hier sei der Einfluß der USA und der Bundesrepublik Deutschland vonnöten, damit es zu vernünftigen Verhandlungen komme. Er sei bereit, im Rahmen einer Lösung einzugehende Verpflichtungen zu erfüllen.

Der *Bundeskanzler* fragte, welche Rolle die türkischen Militärs mit Blick auf eine Zypern-Lösung spielen.

MP *Karamanlis* äußerte, die türkischen Militärs nähmen oft eine vernünftige Haltung ein als die türkischen Politiker.

Der *Bundeskanzler* betonte, keinesfalls dürfe die Türkei in Acht und Bann getan werden. Er wolle bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß gegenwärtig Kossygin zu einem Besuch in der Türkei weile.¹⁷

MP *Karamanlis* erwiderte, es sei ihm ein Leichtes, Kossygin auch nach Athen zu holen. Die Türkei werde sich dem sowjetischen Lager nicht anschließen, selbst wenn sie dorthin geschoben würde. Eine 200jährige Feindschaft zu Rußland mit der daraus resultierenden Furcht der Bevölkerung und religiöse Faktoren spielten hierbei ebenso eine Rolle wie die Haltung der türkischen Militärs. Die türkische Regierung wäre gut beraten, wenn sie die Tatsache ausnutzte, daß der griechische Ministerpräsident Karamanlis heiße. Er strebe eine gütliche und friedliche Lösung des Zypern-Problems an, und er wolle auch der Türkei kein Unrecht zufügen.

Der *Bundeskanzler* bedankte sich für die Äußerungen von Karamanlis hinsichtlich des notwendigen Zusammenhalts zwischen den USA und Europa. Er habe auf diese Notwendigkeit schon bei dem Besuch Karamanlis' in Bonn hingewiesen.¹⁸ Er sei von Besorgnis erfüllt, daß die öffentliche Meinung in Griechenland zu einem Antiamerikanismus neige. Die Ansicht, daß der Zusammenhalt mit den USA notwendig sei, werde von allen Mitgliedstaaten der EG geteilt, also auch von Frankreich, wenn auch Präsident Giscard sich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung seines Landes nur vorsichtig zu diesem Thema äußern könne.

MP *Karamanlis* stimmte zu, daß sich Präsident Giscard von dem Erbe de Gaulles in dieser Hinsicht lösen wolle, aber nur vorsichtig vorgehen könne. Er habe im übrigen den Eindruck, daß Präsident Giscard auch von der absoluten Notwendigkeit eines guten Verhältnisses zu Deutschland überzeugt sei.

Der *Bundeskanzler* äußerte die Überzeugung, daß die USA die einzige Macht seien, die den Nahost-Konflikt einer Lösung zuführen könnten. Die sowjetische Politik im Nahen Osten, insbesondere in Ägypten, habe einen Fehlschlag erlit-

¹⁷ Ministerpräsident Kossygin hielt sich vom 26. bis 29. Dezember 1975 in der Türkei auf.

¹⁸ Ministerpräsident Karamanlis hielt sich vom 15. bis 17. Mai 1975 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 16. Mai 1975 vgl. Dok. 120.

ten. Die Nahostpolitik werde im Kreml deshalb überprüft. Die Sowjetunion sei gegenwärtig voll und ganz mit dem Parteikongreß¹⁹ beschäftigt. Generalsekretär Breschnew werde wohl im Amt bleiben, aber künftig eine geschwächte Position innehaben. Insgesamt werde 1976 in der Sowjetunion, ebenso wie in den USA, eine gewisse Unsicherheit herrschen. Dies könnte gefährliche Situationen entstehen lassen. Er rechne aber damit, daß, im ganzen gesehen, die Entspannungspolitik 1977 fortgesetzt werde.

Zum Thema der europäischen Verteidigung äußerte der Bundeskanzler, daß die deutsche Armee und Luftwaffe ebenso wie die eigene nukleare Anstrengung Frankreichs ernstzunehmende Faktoren im Rahmen des Bündnisses darstellten. Im Mittelmeer sei gewiß die amerikanische Flotte die einzige wirkliche Macht.

Was das Zypern-Problem betreffe, so verfüge die Bundesregierung nur über diplomatische und psychologische Mittel der Einflußnahme. Wir führten jedoch ein ernstes Gespräch mit der Türkei und hätten ihr deutlich gemacht, daß sie territoriale Zugeständnisse machen müsse.

Er wolle wiederholen, daß die Bundesregierung gerne bereit sei, der jeweils anderen Seite Nachrichten zu übermitteln und ganz allgemein ihre guten Dienste zur Verfügung zu stellen.

MP *Karamanlis* dankte für dieses Angebot, das er ganz besonders hoch einzuschätzen wisse. Gegenwärtig bestehe Hoffnung, daß der interkommunale Dialog bald wieder aufgenommen werde.²⁰ Sollten bei den bevorstehenden Verhandlungen Schwierigkeiten auftreten, werde er von dem deutschen Angebot gerne Gebrauch machen.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach Einschätzung der gegenwärtigen Lage in der Türkei führte MP *Karamanlis* aus, daß MP *Demirel* nur eine schwache Mehrheit besitze²¹ und seine Regierung deswegen nicht stark sei. Es sei schwer vorauszusagen, wie sich die Lage weiter entwickeln würde. Möglicherweise werde das Militär einschreiten, möglicherweise *Ecevit* eine neue Regierung bilden; es sei aber auch gut möglich, daß die gegenwärtige Lage bis zu den türkischen Parlamentswahlen im Jahre 1977 andauere.

MP *Karamanlis* erwähnt, daß *Ecevit* in letzter Zeit von neuem Schwierigkeiten mache. Sehe der Bundeskanzler eine Möglichkeit, auf *Ecevit* einzuwirken? Der Bundeskanzler erwidert, daß die Bundesregierung dies versuche, zum Teil auch über den SPD-Vorsitzenden *Willy Brandt*.

5) Auf Bitte des Bundeskanzlers trug StS *Gehlhoff* das Problem der Sperrung der Luftstraße G 12 vor, unter besonderer Betonung der Schwierigkeiten, die sich hieraus für Berlin ergeben.²²

¹⁹ Der XXV. Parteitag der KPdSU fand vom 24. Februar bis 5. März 1976 in Moskau statt.

²⁰ Zur griechisch-türkischen Vereinbarung vom 12. Dezember 1975, die Gespräche zwischen den Vertretern der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern, *Klerides* und *Denktasch*, wieder aufzunehmen, vgl. Dok. 380, Anm. 5.

Die fünfte Runde der Gespräche der Vertreter der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern, *Klerides* und *Denktasch*, fand vom 17. bis 21. Februar 1976 in Wien statt.

²¹ Zu den Mehrheitsverhältnissen im türkischen Parlament vgl. Dok. 79, Anm. 8.

²² Am 14. August 1974 sperrte die griechische Regierung die Luftstraße G 12 von Saloniki nach Istanbul unter Hinweis auf die Entwicklung im Zypern-Konflikt. Betroffen davon wurden vor allem Di-

MP *Karamanlis* versicherte, diese Sperrung richte sich nicht gegen die Bundesrepublik Deutschland. Griechenland habe zur Regelung dieses Problems gewisse Vorschläge gemacht und hierbei auch die ICAO eingeschaltet. Leider sei die Türkei bisher nicht bereit gewesen, ihre Anordnungen für die Flugmeldezone in der Ägäis zurückzunehmen. Griechenland trete in erster Linie für die Rückkehr zum Status quo ein. Gleichwohl sei Griechenland bereit, zwei Kommissionen über dieses Problem verhandeln zu lassen. Die Kommissionen hätten sich bisher dreimal getroffen. In Brüssel (am Rande des NATO-Rats) hätten die beiden Außenminister miteinander vereinbart, daß im Januar 1976 ein neues Treffen der Kommissionen stattfinden solle.²³ Auch hinsichtlich des Festlandsockels in der Ägäis trete Griechenland für die Rückkehr zum Status quo ein. Griechenland habe hierzu auch vorgeschlagen, den Haager Gerichtshof zu befassen; dies werde von der Türkei bisher jedoch abgelehnt.²⁴

Griechenland zeige also eine entgegenkommende Haltung. Mithin könne man von Griechenland nicht die einseitige Aufhebung der Sperre für die G12 Luftstraße verlangen. Notwendig sei eine Gesamtregelung der strittigen Ägäis-Probleme. Dann werde es auch zu einer Lösung für die Luftstraße G12 kommen. Die griechische Regierung sei bereit, die von ihr verfügte Sperre wieder rückgängig zu machen, wenn auch die Türkei ihre getroffenen Maßnahmen rückgängig mache.

6) Der *Bundeskanzler* dankte MP *Karamanlis* für das Gespräch und versicherte, daß er für die von der griechischen Regierung unter Führung von *Karamanlis* erbrachten Leistungen große Hochachtung hege. Er sage dies nicht nur aus Höflichkeit.

MP *Karamanlis* erwiderte, daß auch er den Bundeskanzler sehr schätze und von dem Gespräch sehr befriedigt sei. Man solle deshalb in ständigem Kontakt miteinander bleiben.

VS-Bd. 9948 (203)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1857

rektflüge von Berlin (West) in die Türkei, für die ein Ausweichen in den bulgarischen Luftraum nicht möglich war. Vgl. dazu auch Dok. 120, Anm. 6.

²³ Vom 14. bis 18. Januar 1976 fanden in Athen griechisch-türkische Luftverkehrsverhandlungen statt.

²⁴ Zur Frage des Festlandsockels in der Ägäis und zum Vorschlag der griechischen Regierung, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag mit dieser Angelegenheit zu befassen, vgl. Dok. 120, Anm. 19.